

Klimabank bleibt weit hinter den Erwartungen zurück

Von Marc Schlamme

Die hohen Erwartungen haben sich nicht erfüllt – und nun soll die Klimabank reformiert werden, rund fünf Jahre nachdem das Gesetzprojekt in der Chamber verabschiedet wurde. Sinn und Zweck der Klimabank sei es, die energetische mit der sozialen Frage zu verknüpfen. „Tatsache ist, dass einkommensschwache Menschen zumeist in Häusern mit überdurchschnittlich hohem Energiebedarf leben und dass sie nicht die Mittel haben, um eine kostspielige Sanierung vorzunehmen“, erläutert der DP-Deputierte Max Hahn damals den Handlungsbedarf.

Am Handlungsbedarf hat sich seitdem nichts geändert. Klima- und energiepolitisch, weil Luxemburg seine CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent reduzieren muss und die sektorale Lastenteilung für den Gebäudebereich sogar ein Minus von 64 Prozent vorsieht. Sozialpolitisch, weil die spektakulären Preissprünge von Energiequellen wie Heizöl oder Erdgas insbesondere einkommensschwache Haushalte belasten. In einer von der CSV beantragten aktuellen Stunde soll diese Problematik heute in der Abgeordnetenkammer erörtert werden; die Christlich-Sozialen, die vorige Woche selbst vier Vorschläge, darunter eine zeitweilige Deckelung der Preise beim Heizöl und Erdgas, vorgeschlagen haben, erwarten sich kurzfristige Gegenmaßnahmen von Blau-Rot-Grün. Bei ihrer Pressekonferenz monierte die größte Oppositionspartei auch, dass die Regierung in ihrer mittel- und langfristigen Energiepolitik das soziale Kriterium vernachlässige und praktische Probleme, die sich den Bürgern bei ihren Sanierungsbestrebungen stellen würden, nicht wahrhaben wolle.

Blau-Rot-Grün und die Bürokratie

Die Klimabank, eine 2008 von den Liberalen lancierte Idee, ist mittel- und langfristig ausgerichtet und soll sozial schwächeren Bürgern die effiziente Sanierung ihrer Wohnung ermöglichen. Doch seit ihrer Einführung wurde nur ein zinsloser Kredit vergeben und 26 Anträge für einen zinsvergünstigten Klimakredit wurden gewährt. Als Ursache für den bescheidenen Erfolg erachtet Blau-Rot-Grün den bürokratischen Aufwand und reicht im Mai einen Reformtext ein, um gegenzusteuern.

Allerdings ist dieses Gegensteuern nicht nach dem Geschmack einzelner Berufskammern (Staatsbeamtenkammer, Arbeitnehmerkammer) und des Mouvement écologique, die generell zu bedenken geben, dass mit dem Ziel des Bürokratieabbaus wesentliche Zielsetzungen, „allen voran soziale Aspekte“, infrage gestellt würden. Für den Méco steht allemal fest, dass sich am Handlungsbedarf nichts geändert habe – die Explosion der Wohnungs- und Energiepreise hätten „starke negative Auswirkungen“.

Die Umweltgewerkschaft sieht die Klimabank folglich auch als ein Puzzleteil beim energetischen Umbau des Landes und fordert die Regierung auf, „kurzfristig einen ent-

sprechenden Maßnahmenplan zu erstellen, in dem ministeriumsübergreifend Unterstützungs-, Finanzierungs- und Beratungsmechanismen für finanzschwache Haushalte verabschiedet werden“. Jene Haushalte, „die am meisten unter der finanziellen Belastung der steigenden Energiepreise leiden“ auf dem Weg hin zur energetischen Transition zu verlieren, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlten, könne sich die Regierung nicht erlauben.

Die Streichliste

Was nun punktuell die Klimabank betrifft, seien die Abschaffung des zinslosen Kredits – bei gleichzeitiger Verallgemeinerung des zinsvergünstigten Klimakredits von 1,5 Prozent –, der Kapitalprämie und der Übernahme der Beraterhonorare falsche Signale, bedauert beispielsweise die Staatsbeamtenkammer. Als Erklärung reicht dem Méco derweil auch nicht, dass im Rahmen der Prime-House-Förderung eine verbindliche Energieberatung nicht mehr notwendig ist.

Bei der Kapitalprämie handelte es sich um eine einmalige Zahlung in Höhe von zehn Prozent eines Sanierungskredits (maximal 5000 Euro). Deren Abschaffung macht

für die Arbeitnehmerkammer keinen Sinn, da die Prämie nach ihrem Dafürhalten bei weniger einkommensstarken Haushalten die Bereitschaft zum Investieren stimuliert hätte.

Bedauern tut die Berufskammer, dass der Gesetzentwurf keine Anhebung bei den Maximalbeträgen für Staatsgarantie (50 000 Euro) und zinsvergünstigten Kredit (100 000 Euro) vorsieht; dadurch bleibe der Spielraum potenzieller Bezieher begrenzt. Nach Meinung des Mouvement écologique hätten beide Beträge angehoben werden müssen – einerseits, um der Preisentwicklung der vergangenen Jahre Rechnung zu tragen, und andererseits, da im Fall einer Sanierung mehrere Baustellen zusammenkommen und entsprechend den Geldbeutel belasten würden.

Bekanntheit fördern

Zumindest die Handels- und die Handwerkerkammer begrüßen die Reform und unterstreichen die administrative Vereinfachung. Allerdings legt die Chambre des métiers Blau-Rot-Grün nahe, in angemessener Form über die Neuerungen zu informieren und aufzuklären. Diesen Punkt greift auch der Mouvement écologique auf; das Scheitern der Klimabank führt die Umweltgewerkschaft auch darauf zurück, dass die Bestimmungen „einem Großteil der anvisierten Bevölkerungsgruppe kaum bekannt“ seien.

Beide Berufskammern vertreten die Ansicht, dass die Bestimmungen auf Betriebe und Körperschaften ausgeweitet werden sollen – um die Möglichkeiten zum Erreichen der Klimaziele zu erweitern.

● ... effizienter
● Klimaschutz
für alle mit
einer besonderen
Unterstützung
finanzschwacher
Haushalte.



Idee der Klimabank war/ist es, soziale und ökologische Aspekte bei der Wohnungsbausanierung zu verbinden. Foto: LW-Archiv/P. Matgé